



Abstimmung vom 29.11.2009

Mehr Geld zugunsten des Luftverkehrs

**Angenommen: Bundesbeschluss zur Schaffung
einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luft-
verkehr**

Silas Schweizer

Empfohlene Zitierweise: Schweizer, Silas (2019): Mehr Geld zugunsten des Luftverkehrs. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Den Luftfahrtverbänden ist die Verwendung der auf Flugbenzin erhobenen Steuern für den Strassenverkehr schon seit längerem ein Dorn im Auge. 2004 tritt der Bundesrat auf das Anliegen der Luftfahrtlobby ein und schickt eine Verfassungsänderung in die Vernehmlassung. Diese hat zum Ziel, Steuereinnahmen aus dem Luftverkehr wieder in diesen zu investieren. Statt die Hälfte dieser Einnahmen wie bisher in die Spezialfinanzierung des Strassenverkehrs zu leiten, soll ein Fonds für Investitionen in den Luftverkehr geschaffen werden. Konkret sollen Projekte in den Bereichen Sicherheit, Umweltschutz sowie Infrastruktur finanziert werden. Die andere Hälfte der Einnahmen soll weiterhin in die allgemeine Bundeskasse fliessen.

Da die Vernehmlassungsantworten mehrheitlich positiv ausfallen, beantragt der Bundesrat in seiner Botschaft vom August 2007 eine entsprechende Verfassungsänderung. Dabei vertritt er die Meinung, dass der schweizerischen Luftfahrt eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung zukomme und sie deshalb gefördert werden müsse. Die Mehrkosten für den Bund beziffert er auf 20 Mio. Franken pro Jahr, was angesichts der hohen Ausgaben für den Strassen- und Schienenverkehr gerechtfertigt sei.

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats beantragt allerdings mit knapper Mehrheit Nichteintreten. Der Kommissionsprecher Georges Theiler (FDP, LU) argumentiert, dass für das „Umtopfen“ eines solch kleinen Betrages eine Verfassungsänderung mit obligatorischem Referendum übertrieben sei. Die Volkskammer folgt allerdings dem Kommissionsantrag nicht und beschliesst mit 106 zu 76 Stimmen Eintreten. Nur die Fraktionen der GPS und der SP sowie ein Teil der gespaltenen FDP wollen das Geschäft nicht behandeln.

In der Detailberatung ist die Umverteilung der Gelder in beiden Räten nicht umstritten. Die Diskussion ist vielmehr geprägt durch unterschiedliche Vorstellungen über die konkrete Verwendung der Mittel. Die SVP will die Umweltschutzmassnahmen ganz streichen oder durch Lärmschutzmassnahmen ersetzen. Der SP und einigen Freisinnigen wiederum missfallen die Massnahmen im Bereich der Sicherheit, welche sie als verdeckte Subventionierung der Flughäfen anprangern. Mehrmals wird zudem moniert, dass die Gelder in diesem Fonds ausschliesslich aus dem nationalen Luftverkehr stammen (Kerosin für internationale Flüge ist aufgrund eines internationalen Abkommens von 1944 steuerfrei), die geplanten Massnahmen aber vor allem auch dem internationalen Flugverkehr zugutekämen.

Die Angriffe der SVP auf die Umweltschutzmassnahmen scheitern und trotz Vorbehalts der SP werden die Sicherheitsmassnahmen beibehalten, allerdings ergänzt um den Passus „soweit diese Massnahmen nicht staatlichen Behörden obliegen“. Die Vorlage passiert die Schlussabstimmung

in der grossen Kammer mit 124 zu 63 Stimmen. Im Ständerat sprechen sich 33 Ratsmitglieder für die Vorlage aus, 7 stimmen dagegen.

Weil mit der beschlossenen Revision die Verfassung geändert werden muss, untersteht die Vorlage dem obligatorischen Referendum.

GEGENSTAND

Der neue Verfassungsartikel sieht vor, dass die Hälfte des Ertrags aus der Steuer auf Flugtreibstoffe für Massnahmen in den Bereichen Umweltschutz, technische Sicherheit im Luftverkehr, sowie Massnahmen gegen Terrorangriffe auf den Luftverkehr investiert werden sollen. Aus dem letzten Bereich ausgenommen sind Massnahmen, die den staatlichen Behörden obliegen.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Der Vorlage wird aufgrund der gleichzeitig zur Abstimmung stehenden, ziemlich polarisierenden Volksinitiativen von linker und rechter Seite (Kriegsmaterialexportstopp und Minarettverbot, Vorlagen 547 und 546) nur wenig Aufmerksamkeit zuteil.

Von den grösseren Parteien sprechen sich nur die Grünen gegen den Verfassungsartikel aus. Sie argumentieren, dass mit den Geldern eine stark umweltbelastende Fortbewegungsart gefördert werde. Sie fordern stattdessen eine Kerosinsteuer im Sinne einer Lenkungsabgabe, die nach dem Verursacherprinzip die Umwelt- und Sicherheitskosten der Luftfahrt decken soll. Unterstützt wird die GPS von der PdA, der EVP und der CSP sowie diversen Umweltverbänden. Die SP und der VCS beschliessen Stimmfreigabe.

Alle anderen Parteien und die Wirtschaftsverbände sprechen sich für den Bundesbeschluss aus. Sie betonen in erster Linie die Bedeutung der Luftfahrt für die Wirtschaft. Eine exportorientierte Volkswirtschaft, wie sie die Schweiz aufweise, sei auf gute Anbindungen an das internationale Verkehrsnetz angewiesen, lässt die dem Freisinn nahestehende NZZ verlauten. Zudem werden von den Befürworter verschiedentlich die Finanzierungslücken der Flugsicherung „Skyguide“ aufgegriffen.

ERGEBNIS

Der Verfassungsartikel wird mit 65% Ja-Stimmen klar angenommen. Die Stimmbeteiligung fällt mit 52,6% relativ hoch aus, was aber eher an den beiden Volksinitiativen liegt, über die am gleichen Sonntag abgestimmt wird. In den Flughafen-Kantonen Zürich und Genf nehmen die Stimmen den die Vorlage mit 69,2% und 72,5% am deutlichsten an.

Die VOX-Analyse bringt keine grossen Gräben im Stimmverhalten zutage. Lediglich die sich als linksausen bezeichnenden Stimmberechtigten sprachen sich mehrheitlich gegen die Verfassungsänderung aus, die gemässigten Linken stimmten allerdings ähnlich wie der Durchschnitt.

QUELLEN

Bernath, Magdalena, Nicolas Freymond, Marlène Gerber und Suzanne Schär (2017). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Neue Spezialfinanzierung im Flugverkehr (2007), 2006-2011*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 8.8.2017.

Hirter, Hans, und Adrian Vatter (2010). *VOX 101. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 29. November 2009*. Bern: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

CVP Schweiz (2009). *Ja zu mehr Sicherheit und Umweltschutz in der Luftfahrt - Ja zur Spezialfinanzierung Luftverkehr. Communiqué vom 25.10.2009*. Bern: CVP.

Grüne Schweiz (2009). *Umweltschädliche Verkehrsart nicht noch weiter subventionieren. Medienmitteilung vom 26.10.2009*. Bern: Grüne.

Presse: Neue Zürcher Zeitung vom 30.10.2009.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 07.066).

Bundesblatt: BBl 2007 6373.